

"Herausforderungen für das neue Europa" in Le Monde (23. November 1990)

Legende: In einem Kommentar zu den Schlussfolgerungen des Gipfels der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 19. bis 21. November 1990 in Paris untersucht die französische Tageszeitung Le Monde am 23. November die Herausforderungen, mit denen das neue Europa nach dem Ende des Konflikts zwischen Ost und West konfrontiert ist.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Fontaine, André. 23.11.1990, n° 14.253; 47e année. Paris: Le Monde. "L'Europe nouvelle face aux défis", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/herausforderungen_fur_das_neue_europa_in_le_monde_23_november_1990-de-48c62ded-510b-4515-9c5e-dafbb01df324.html



Publication date: 05/07/2016

Herausforderungen für das neue Europa

Unter den Kronleuchtern des Elyséepalasts und in den Sälen des Schlosses von Versailles wurde in dieser Woche der Kalte Krieg prunkvoll zu Grabe getragen. Europa findet wieder zueinander, weitgehend versöhnt, und beerdigt somit ein halbes Jahrhundert voller Blutvergießen und Tränen. Deutschland ist wieder vereint, seine Nachbarn haben die Ketten des Kommunismus abgeworfen, und vom Atlantik bis zum Ural schickt man sich an, tausende seit langem angesammelte todbringende Waffenarsenale zu zerstören. Dieser Anbruch einer „Neuen Zeit“ auf dem Alten Kontinent war natürlich dazu angetan, den vierunddreißig beim Gipfeltreffen der KSZE versammelten Staatsmännern zur Freude zu gereichen.

Und dennoch war die Stimmung eher ernst als euphorisch. Denn das Europa von morgen wird, um in den Worten Mitterrands zu sprechen, weder „auf Rosen gebettet“ noch ein „wiedergefundenes Paradies“ sein. „Manchmal tut man gut daran, pessimistisch zu sein“, bemerkte der französische Staatspräsident am Mittwoch. Sicherlich, denn im vorliegenden Fall wäre jeglicher übertriebene Optimismus lediglich wie die Ideologie von einst ein „Schlaf der Vernunft“. Noch vor dem Treffen in Paris hatte Vaclav Havel, der für seine Weitsicht bekannte tschechoslowakische Philosoph und Präsident, den Rahmen abgesteckt, indem er etwas beunruhigt die Frage nach „dem Gift der Demagogie, des Egoismus und der politischen und rassistischen Intoleranz aufwarf“.

Denn das neue Europa sieht sich mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Es ist sicherlich ein gutes Vorzeichen, dass die am Mittwoch feierlich unterzeichnete „Charta von Paris“ die Verfahrensweisen und Mechanismen, mit denen eine ständige Sicherheit gewährleistet werden soll, genauestens regelt. Aber der Frieden ist ein zartes Pflänzchen, das ständiger Gefahr ausgesetzt ist. Die enorme Unsicherheit, die das in Auflösung begriffene sowjetische Imperium erfasst hat, und das Wiedererwachen alter nationalistischer Haltungen könnte zu gefährlichen „Sicherheitslücken“ in diesem „gemeinsamen Haus“ mit seiner noch so unbestimmten Architektur führen. Die Gründung eines Zentrums für Konfliktverhütung in Wien zeigt, dass die europäischen Staatschefs sich eines solchen Risikos bewusst sind.

Aber die größte Gefahr liegt woanders. Sie rührt her von einem sich verschlimmernden „Auseinanderdriften“ – sowohl politisch als auch wirtschaftlich – von Reichen und Armen, von entwickelten und rückständigen europäischen Staaten bzw. Regionen. Wie Mitterrand am Mittwoch betonte, bestehe die große Gefahr, dass ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ entstehe, dass sich die Kluft zwischen den Begüterten und den Benachteiligten vertiefe. Vor Mitterrand hatte schon der ungarische Premierminister seiner Furcht vor der Entstehung einer neuen „Mauer des Geldes“ im Herzen Europas Ausdruck verliehen.

Die unwiderstehliche Anziehungskraft, die Westeuropa auf die mittel- und osteuropäischen Nachbarn ausübt, löst bereits jetzt neue Migrationsbewegungen aus, die, wenn sich in nächster Zeit die Grenzen der UdSSR weit öffnen, schwer zu kontrollieren sein werden und schon jetzt brüchige Wirtschaftsstrukturen weiter destabilisieren werden. Die Organe der KSZE werden nicht ausreichen, um die sich aus der Zeit nach dem Kalten Krieg ergebenden „Hoffnungen zu strukturieren“. Dafür ist ein ständiger politischer Wille erforderlich.